

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Dresdner Volkszeitung
Postamt: 241. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, R.-G., Dresden.
Gebr. Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Porto mit der monatlichen Unterhaltungsgebühr: 2 Mark, halbjährlich 10 Mark, einjährig 18 Mark. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfer Str. 20/21, Dresden
Lagerung: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Bettendorfer Str. 20/21 und 18/17
Geschäftszeit von 7 bis 6 Uhr nachmittags

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Zeilenbreite 30 Pf. für 10 mm breite Zeilenbreite 20 Pf. für 5 mm breite Zeilenbreite 10 Pf. für 25 mm breite Zeilenbreite 15 Pf. für 20 mm breite Zeilenbreite 10 Pf. für 15 mm breite Zeilenbreite 5 Pf. für 10 mm breite Zeilenbreite 3 Pf. für 5 mm breite Zeilenbreite 1 Pf. für 25 mm breite Zeilenbreite 15 Pf. für 20 mm breite Zeilenbreite 10 Pf. für 15 mm breite Zeilenbreite 5 Pf. für 10 mm breite Zeilenbreite 3 Pf. für 5 mm breite Zeilenbreite 1 Pf.

Nr. 19

Dresden, Montag den 23. Januar 1928

39. Jahrg.

Die Last des Bürgerblocks

Der Aufruhr der christlichen Arbeiter

Das Unglaubliche — nämlich, daß der Arbeitsminister des Bürgerblocks auf dem Empfangsabend, den der IDGB. anlässlich der Berliner Konferenz des Antifaschistischen Gewerkschaftsbundes veranstaltet hat, nicht nur als Gast erschien, sondern auch ein Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung ausbrachte, ist von der kommunistischen Presse — wer konnte von ihr etwas anderes erwarten? — als ein Zeichen für den Klassenverrat der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsführer gedeutet worden. Dabei ist die Ursache für das Kompliment des Reichsarbeitsministers gegenüber der Bewegung der freigeorganierten Arbeiter mit Händen zu greifen. Im Zentrumslager gibt es. Die christlichen Arbeiter rebellieren gegen den Rechtskurs des Zentrums und gegen den Reichskanzler Marx. Kein Wunder, wenn der Reichsarbeitsminister für die Arbeiterbewegung — auch für die freigeorganierte — schöne Worte des Lobes und der Anerkennung findet!

Man braucht die Revolte der christlichen Arbeiter nicht gleich tragisch zu nehmen. Sie bedeutet für das Zentrum noch lange nicht das Ende der Dinge. Dafür wird schon Stegerwald, der ja neben Fimbuß einer der Hauptstützen im Streit gegen den Reichskanzler ist, rechtzeitig sorgen. Man weiß ja auch, daß die Wahlen vor der Tür stehen. In Wahlzeiten fand man im Zentrum schon oft genug fröhliche Arbeiterfreundliche Töne. Wenn man aber auch noch so vornehm und zurückhaltend die Arbeiterrevolte im Zentrumslager beurteilt — eines kann nicht verkannt werden: in der Masse der Zentrumsarbeiter ist die Unzufriedenheit mit dem Rechtskurs der Partei sehr groß und nicht nur auf der Nebnertribüne der Führer, sondern überall im Lande, und zwar in allen Teilen des Reiches, fangen die christlichen Arbeiter an aufzukommen. Wer will ihnen ihre Empörung verdenken? Die Spuren der Bürgerblockregierung schreien — schreien auch den christlichen Arbeiter. Sie haben die Bürgerblockpolitik satt, die ganze Bürgerblockpolitik, nicht nur dessen Beamtenpolitik.

Wenn nun angesichts der Empörung der christlichen Arbeiter der Deutsche, das Wort Stegerwalds, herkommt und der sozialdemokratischen Presse nichts anderes zu sagen

weiß als das alte Gewäsch, daß die Sozialdemokratie zielbewußt diesen Bürgerblock herbeigeführt habe, dann kann das christlichen Arbeiter nicht nur ein Lächeln nötigen. Es trifft sich gut, daß in dem Augenblick, wo der Deutsche wieder einmal darauf hinweist, daß die Sozialdemokratie es war, die aus durchsichtigen Gründen den Reichskanzler Dr. Wirth stürzte, die Rhein-Mainische Volkszeitung, das Frankfurter Zentrumslager, scharf hervorhebt, daß mit der Arbeiterrevolte im Zentrum eine politische Aufgabe in den Vordergrund trete, eine Aufgabe, auf die Joseph Wirth seit Jahr und Tag so eindringlich hingewiesen habe und die — heißt es wörtlich — „leider gerade von den Arbeiterführern des Zentrums in der vergangenen Zeit nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt wurde.“ „Der politische Kampf um die Verwirklichung des sozialen Volksstaates“, schreibt die RVZ, „muß aufgenommen werden. Arbeiter und Beamte sollen dabei zu ihrem Rechte kommen. Diese Aufgabe aber verlangt, daß die Verteilung des Zentrums an der Episode einer Rechtsregierung möglichst schnell ein Ende nimmt. Die Wählung in den Kreisen der Zentrumsarbeiter, und nicht nur in diesen Kreisen, hat tiefere Ursachen als das Beamtenbesoldungsgefeß. Es ist die Mißstimmung gegen die Kooperation mit politischen Mächten, die politisch und wirtschaftlich schärfste Gegner einer entgegengesetzten und republikanischen Politik sind. Es ist die Sorge vor den inhaltlichen und psychologischen Bindungen, die sich für das Zentrum aus seiner gegenwärtigen Koalitionspolitik ergeben können.“ Der Deutsche aber erklärt, die christliche Arbeiterbewegung wisse, daß die Sozialdemokratie am allerungünstigsten sei, ihre Interessen zu vertreten, sie wisse, was sie an den bürgerlichen Parteien habe. Wozu dann die Revolte?

Eben weil die christlichen Arbeiter, durch die Erfahrungen mit der Bürgerblockpolitik gewarnt, wissen, was sie an den Bürgerblockparteien haben, läuten sie Sturm gegen die Koalition mit diesen Parteien. Sie wollen heraus aus dem Bürgerblock, zu dessen Gefangenen sie, wie linksstehende Zentrumslager zugeben, nicht ohne die Schuld der Arbeiterführer des Zentrums geworden sind.

Unmögliche Kameraden

Die Magdeburger Entscheidung: Die USPD, keine Reichsbannerpartei!

Das Reichsbanner Dresden hatte bekanntlich beim Bundesvorstand in Magdeburg beantragt, die sogenannte „Altsozialistische Partei“ nicht mehr als republikanische Partei im Sinne des Reichsbanners anzuerkennen. Der Bundesvorstand hat daraufhin kürzlich in einer längeren Erklärung den Ortsvereinsvorständen des Bundes Bescheid geantwortet. Er erklärt in diesem Schreiben, daß die USPD, aufgehört habe, eine Reichsbannerpartei zu sein. Das Schreiben ist uns seit Wochenlang bekannt. Wir machten davon bisher keinen Gebrauch, weil wir es für selbstverständlich hielten, daß vor der Behandlung in der Öffentlichkeit erst die Entscheidung in den Ortsvereinsvorständen erfolgen müsse. Das altsozialistische Organ jedoch konnte das offenbar nicht erwarten. Hilfesuchend gab der Volksstaat das Rundschreiben an die bürgerliche Presse weiter, so daß es dort und im Volksstaat am Sonnabend zu lesen war. — Das Schreiben lautet:

Werte Kameraden!

Der Beschluß vom 10. Juni 1926 haben wir die „Altsozialistische Partei Sachsen“ als republikanische Partei im Sinne des § 11 unseres Bundesstatutes anerkannt. Wir gingen dabei von der Auffassung aus, daß der Bestand dieser Partei nur ein vorübergehender sein würde und wurden darin bestärkt, durch den Beschluß dieser Partei, die sich das Freiheitsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu eigen machte. Unsere Voraussetzungen haben sich jedoch nicht erfüllt.

Es sind im Gegenteil Verhandlungen der USPD, zu versichern, die uns zwingen, unsere damaligen Voraussetzungen als irrisch festzustellen.

Auf ihrem letzten Parteitag hat die USPD beschlossen, ihren Namen zu ändern und sich „Altsozialistische Partei Deutschlands“ zu nennen. Damit bricht sie ihren Willen aus, den Konfliktstoff, der durch ihre Erhebung im Freistaat Sachsen entstanden ist, auf das Reich zu übertragen und der stärksten republikanischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei, den offenen Kampf anzusagen. Sie würde in diesem Kampf die moralische Unterstützung des Reichsbanners erfahren, wenn wir der Kameradenänderung unter Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes der USPD, gleichgültig gegenüberstünden und diese Partei sogar durch den Beschluß vom 10. Juni 1926 in ihrem Kampfe gegen die deutsche Sozialdemokratie in gewissem Sinne legitimierten. Es kommt hinzu, daß das Zentralorgan der USPD, Der Volksstaat, unter der Leitung des Chefredakteurs Riefkisch Artikel bringt,

die mit der vom Reichsbanner vertretenen republikanischen demokratischen Tendenz nicht zu vereinbaren sind.

Die offen nationalsozialistischen Tendenzen, die insbesondere von dem genannten Schriftsteller Riefkisch in seiner Zeitschrift Der Widerstand vertreten und die durch die Agitatoren der USPD in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verfolgt werden, so daß sie sich die Anerkennung des Stahlhelms in uneingeschränktem Maße erworben haben, sind durch das Verhalten in verschiedenen Versammlungen der Umgegend Berlins erst kürzlich bewiesen worden.

Wir, der Bundesvorstand, sind deshalb gezwungen, unseren Beschluß vom 10. Juni 1926 aufzuheben.

Die USPD ist keine Partei, die die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft zum Reichsbanner nach § 11 unserer Satzung in sich trägt.

Es muß deshalb überlegt geprüft werden, inwieweit Mitglieder der USPD, sich heute noch als wirkliche Republikaner und Demokraten im Gegensatz zu jenem Parteigebilde und den nationalsozialistischen Tendenzen der Riefkisch und Genossen fühlen und betätigen. Inseiner Beachtung kann das nur durch die Ablehnung der oben geschilderten nationalsozialistischen und den Kampf um die republikanischen Parteien tragenden Tendenzen erfolgen. Davon hängt es ab, ob sie ferner als Mitglieder im Reichsbanner anerkannt werden können. Wir bedauern außerordentlich, daß wir zu diesem Beschluß durch die USPD, gezwungen wurden. Reberische Hartnäckigkeit ist uns fern. Da wir aber gezwungen sind, Arbeit zu schaffen, sprechen wir die Hoffnung aus, daß die Kameraden der USPD, die doch früher mit den Kameraden der SPD, in einer Partei vereinigt waren, und die es mit der republikanischen Bewegung ernstnehmen, dafür Sorge tragen, daß ihre Rückkehr zum Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sobald als möglich erfolgt.

Drei Heil!

Stefan

Damit hat der Bundesvorstand endlich eine Entscheidung gefällt, die wohl selbst für ihn nicht mehr zu umgehen war. Die Auseinandersetzung mit der Begründung und die Ausführung des Beschlusses ist nunmehr Angelegenheit der Ortsvereine. Wenn der Bundesvorstand am Schluß seines Schreibens die Reichsbannerleute der USPD, auffordert, die Rückkehr zur Sozialdemokratischen Partei zu beschleunigen, so will er damit wohl ausdrücken, daß Deutschland an Splitterparteien genug hat und daß Reichsbanneranhänger solche Herstellungen der republikanischen Bewegung nicht fördern sollten. Wir für unseren Teil haben schon einmal ausgesprochen, daß es zwischen USPD, und SPD, nichts zu verschmelzen gibt. Mit den Dreinutzwanigern, mit den Bekke, Riefkisch und Genossen ist die lächerliche Sozialdemokratie fertig. Wer jedoch von denen, die sich in

Deutsche Handelsbilanz 1927

Vier Milliarden Mark Einfuhrüberschuß

Das Reichstatistische Amt gibt die gesamte Waren- und Dienstleistungsbilanz für das Jahr 1927 mit 14,881 Milliarden Mark und die gesamte Wareneinfuhr mit 10,240 Milliarden Mark an. Im reinen Warenverkehr betrug die Einfuhr 14,143 Milliarden Mark gegenüber 10,000 Milliarden Mark im Jahre 1926 und 12,361 Milliarden Mark im Jahre 1925. Die Ausfuhr im reinen Warenverkehr erhöhte sich von 8,798 Milliarden Mark im Jahre 1926 auf 9,783 Milliarden Mark im Jahre 1927 und 10,219 Milliarden Mark im Jahre 1927. Demnach ergibt sich im reinen Warenverkehr für das Jahr 1927 ein Einfuhrüberschuß (Passivität) von 3,924 Milliarden Mark. Er liegt um einige hundert Millionen Mark höher als die Passivität im Jahre 1926 (3,564 Milliarden Mark). Im Jahre 1926, dem ausgesprochenen Krisenjahr, ergab sich nur ein Einfuhrüberschuß in Höhe von 313 Millionen Mark.

Einfuhr und Ausfuhr haben sich also gegen die beiden Vorjahre erhöht; jedoch hat die Erhöhung der Ausfuhr mit der Zunahme der Einfuhr nicht Schritt gehalten. Diese Entwicklung ist zum Teil auf die starke Einfuhr von Rohstoffen zurückzuführen, die sich von 4,347 Milliarden Mark im Jahre 1926 auf 7,149 Milliarden Mark im Jahre 1927 steigerte. Die Zinsen sind durch die Konjunkturentwicklung bedingt und geben keinen Anlaß zu Bedenken. Anders sieht es in der Lebensmittelbilanz. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Getränken hat sich von 3,571 Milliarden Mark im Jahre 1926 auf 4,350 Milliarden Mark im Jahre 1927 erhöht. Die Einfuhren im Jahre 1927 liegen also weit über den Rekord der Einfuhren im Jahre 1926, wo sie 4,022 Milliarden Mark betragen.

Der wichtigste Posten in unserer Handelsbilanz, die Ausfuhr von Fertigwaren, steigerte sich von 5,625 Milliarden Mark im Jahre 1926 auf 6,964 Milliarden Mark im Jahre 1927. Die Steigerung der Fertigwarenausfuhr ist in einer Periode der Hochkonjunktur in Deutschland erfolgt, die gewöhnlich die Waren vom Ausland nachzieht. Die Entwicklung ist deshalb doppelt hoch anzusehen. In ihr kommt zweifellos die mit Hilfe der Nationalisierung geförderte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fertigwaren zum Ausdruck.

In dieser Auffassung wird man durch die Ausfuhrergebnisse im Monat Dezember bestärkt. Das Reichstatistische Amt gibt eine Erhöhung von 683 Millionen Mark im November 1927

auf 709,7 Millionen Mark im Dezember 1927 an. In der gesteigerten Ausfuhr sind beteiligt Eisenwaren und Walzwerke, Erzeugnisse, Maschinen, chemische und pharmazeutische Produkte, Farben, Firnisse und Lacke, Kunststoffe, Papier und Papierwaren usw. Die Einfuhr von Rohstoffen hat sich abermals von 618,0 Millionen Mark im November 1927 auf 681,8 Millionen Mark im Dezember erhöht. Aber auch die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfertigwaren ist von 181,8 auf 197,1 Millionen Mark gestiegen, während die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken wesentlich, von 301,8 Millionen Mark auf 308,4 Millionen Mark, zurückgegangen ist. So ergibt sich für den Monat Dezember 1927 nur eine Passivität von 30,4 Millionen Mark gegenüber 877 Millionen Mark im November 1927.

Die Reparationszahlungen stellen sich für den Monat Dezember auf 49,0 Millionen Mark gegenüber 60,9 Millionen Mark im November, 50,98 Millionen Mark im Oktober und 55,3 Millionen Mark im September.

Rund 14 Millionen Extraprofite hat der private Gefrierfleischgroßhandel, wie der Sozialistische Preisbericht erzählt, in der Zeit vom Frühjahr 1926 bis Frühjahr 1927 den beiden Schichten des Jahres über die Einkünfte der Gefrierfleischkontingenterhebung auf die Preisgestaltung des Gefrierfleisches, die beiden abgepflochten worden ist. Die Untersuchung stellt fest, daß es dem Großhandel gelang, an dem Verkehr billigen zollfreien Gefrierfleisch zum Teil für das Fund 17 Pf. Lediglich die konsumgenossenschaftlichen Organisationen haben das Gefrierfleisch ihren Mitgliedern ohne irgendwelchen Extrazuschlag abgegeben. Festzustellen ist auch, daß der Reichsernährungsminister gegenüber dieser skandalösen Zuständen im Gefrierfleischgroßhandel durch Zurückkommen.

Waffen als Geschenk. Die Dresdener Zeitung meldet, daß in der Rosenfabrik des der Sozialistischen Partei (christlich) zugehörigen Landtagsabgeordneten und Reichsbürgermeisters von Danzow vorgekommen wurde, bei der angeblich ein Duzend gefunden wurden. Die vorgefundenen Waffen wurden auf Anordnung der Landesregierung beschlagnahmt.